



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Kurz berichtet

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Musikwissenschaftler einig, immens. Im Konzept der Schulen, insbesondere in der Organisation des protestantischen Schulwesens, war die Einführung in die Rhetorik laut Forchert sowohl Höhe- und Endpunkt der jahrelangen Beschäftigung mit der lateinischen Sprache und lateinischen Schriftstellern als auch Vorbereitung für das Universitätsstudium. Die Schüler mußten ein gegebenes Thema nach dem Vorbild antiker Autoren in mündlicher und schriftlicher Form selbstständig behandeln, dies nach den Rhetorikerschriften der Klassiker wie Aristoteles, Cicero und Quintilian.

Gesicherte Erkenntnis zum Musik-Unterricht?

Ausgehend von diesem Rhetorikunterricht entwickelte sich im Zuge der Reformation an den protestantischen Schulen eine musikalische Rhetorik, die jedoch, so Forchert, ein genau umrissenes Ziel hatte: die Heranbildung von Sängern, die in der Lage sein sollten, mehrstimmige Kompositionen in möglichst kurzer Zeit einzuüben und vorzutragen. Ein spezieller Kompositionsunterricht sei im Lehrplan der Lateinschulen jedoch nicht vorgesehen, gewesen, bemerkte der Paderborner Musikwissenschaftler und fuhr fort: "Wir stehen vor der Situation, daß wir über die Art, wie die Mehrzahl der deutschen Komponisten damals ihr Handwerk erlernten, uns nur sehr allgemeine Vorstellungen machen können, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die uns durch den Druck überlieferten, ausführlichen Kompositionslehren in vielen Fällen andere als unmittelbare Un-

terrichtszwecke verfolgen".

Folgt man Forchert, so liegen gesicherte, aussagekräftige Erkenntnisse über den musikalischen Rhetorikunterricht jener Zeit nicht vor. Die Hinweise darauf, daß die Komponisten ihre vorhandenen rhetorischen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt in ihre Musik haben einfließen lassen, eine musikalische Figurenlehre auf Grundlage der Rhetorik haben entstehen lassen, seien spärlich bzw. mit Skepsis zu betrachten. Forchert zusammenfassend: "Die musiktheoretische Lehre, sofern sie uns in Musiktraktaten aus der Zeit zwischen 1600 und 1750 überliefert ist, erlaubt nicht so weitgehende Schlüsse, wie sie von einigen Musikforschern gezogen worden sind, die meinten, in einer musikalisch-rhetorischen Figurenlehre den Schlüssel für das Wort - Ton - Verhältnis des Barocks in Händen zu halten. Der scheinbar so sichere historische Grund, auf dem die zahllosen Arbeiten zu stehen glaubten, die mit Hilfe der rhetorischen Figurenlehre zum Verständnis von Bachs Vokalmusik gelangen wollten, ist in Wahrheit ein äußerst schwankender."

Auf Bachs Wirken gemünzt, meinte Forchert an anderer Stelle: "Die Wahrscheinlichkeit, daß er mit voller Absicht seinem Schaffen rhetorische Konzepte zugrundegelegt haben sollte, sei es auf dem Wege über irgendeine Kompositionslehre, sei es durch schulische Anregung, ist gering."

Vielleicht sei seine Musik gerade deshalb über Jahrhunderte hinweg aktuell und lebendig geblieben, schloß Forchert.

KURZ BERICHTET

Anke Brunn neue Wissenschafts- ministerin in Düsseldorf

Düsseldorf (dpa). - Die Kölner SPD-Politikerin Anke Brunn ist neue Wissenschaftsministerin im nordrhein-westfälischen Landeskabinett von Ministerpräsident Rau geworden. Sie löste Rolf Krumsiek (SPD) ab, der in das Justizressort überwechselte. Hans Schwier (SPD) bleibt Kultusminister.

Bereits 1980 war Frau Brunn bei der damaligen Regierungsbildung im Gespräch. Die Chancen, das Amt des Bundesratsministers zu übernehmen, zerschlugen sich jedoch vor fünf Jahren. Die heute 42jährige Politikerin erhielt dennoch bald darauf ein Regierungsamt, allerdings im Berliner Senat. Hans-Jochen Vogel holte sie 1981 für das Ressort Familie Jugend und Sport. Das Senatorinnenamt konnte sie nur zwei Jahre ausüben, weil die SPD 1983 bei den Berliner Wahlen die Mehrheit verlor.

25,75 Mio. Mark für DAAD - Stipendien

Bonn (BMBW). Für das Jahr 1985 hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) 25,75 Mio. DM für Stipendien, Teilstipendien und Reisebeihilfen für Auslandsaufenthalte junger deutscher Akademiker und deutscher Stu-

dentem zur Verfügung gestellt. Damit wurden gegenüber dem Vorjahr die Mittel um mehr als 3 Mio. DM und im Zeitraum von 1983 bis 1985 um rd. 25 Prozent erhöht. Weitere Mittel für die Vergabe von Auslandsstipendien, speziell für Fachhochschulstudenten, erhalten die Fulbright Kommission und die Carl-Duisberg-Gesellschaft.

Bundesminister Dr. Dorothee Wilms wies auf die mit einem Auslandsaufenthalt verbundenen Chancen für die berufliche Zukunft des einzelnen hin. "Auslandsaufenthalte - seien es Studium oder Praktikum - haben einen hohen Bildungswert und verbessern in vielen Fällen die Chancen im beruflichen Wettbewerb. Sie vermitteln über den engeren fachlichen Bezug zum späteren Beruf hinaus wertvolle zusätzliche Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten. Auslandsaufenthalte tragen aber auch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern bei."

Neue Technologien ohne Frauen?

Bonn (dpa). Auf das alarmierend geringe Interesse junger Mädchen an neuen Technologien hat Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) am 10. Mai bei der Siegerehrung im Bundeswettbewerb Informatik in Paderborn hingewiesen. Unter den besten dieses Wettbewerbs sei kein einziges Mädchen. Insgesamt seien nur zwei Prozent aller Teilnehmer Mädchen gewesen. "Dies ist ein Alarmzeichen", sagte die Ministerin. Wenn in Zukunft in vielen Berufsbereichen die neuen Informationstechnologien eine zentrale

Bedeutung haben würden, müßten alle Anstrengungen unternommen werden, daß nicht für Frauen neue Benachteiligungen dadurch entstehen, daß sie für die neuen Technologien nicht qualifiziert sind.

"Wir müssen eine neue Zerteilung des Arbeitsmarktes unbedingt vermeiden", fordert die Ministerin. Sie bezeichnete es als notwendig, gemeinsam den Ursachen dafür nachzugehen, warum Frauen sich bislang so auffällig von der modernen Technik fernhalten würden. Als mögliche Ursache nannte sie überholte Rollenvorstellungen in der Gesellschaft, bei den Betrieben, aber auch in der Schule und im Elternhaus. An die Veranstalter des vom Bundesbildungsministerium finanziell geförderten Wettbewerbs Informatik, der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, appellierte sie, Lösungswege für die schwierige Aufgabe zu finden, daß Mädchen verstärkt an die neuen Informationstechniken herangeführt werden. An dem seit 1980/81 veranstalteten Wettbewerb beteiligten sich diesmal 150 Jugendliche mit 131 Beiträgen - rund 70 weniger als im Vorjahr.

Weiterbildung wichtige Aufgabe für Hochschulen

Bonn (dpa). - Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) hat dazu aufgerufen, mehr für die Weiterbildung zu werben und die Bereitschaft der Bürger zum lebenslangen Lernen zu stärken. Der wirtschaftliche, technische und soziale Strukturwandel sei nur auf der Basis einer steigenden Qualifikation der Bürger zu vollzie-

hen, heißt es in den von ihr am 9. Mai vor der Presse in Bonn vorgelegten "Thesen zur Weiterbildung". Die Ministerin machte dabei deutlich, daß eine staatliche Konstruktion eines flächendeckenden Angebots an Weiterbildungsmöglichkeiten, wie sie in Vorstellungen der 70er Jahre angestrebt worden sei, von der Bundesregierung nicht beabsichtigt werde. Das System der Weiterbildung lebe von der Offenheit, Flexibilität und der Konkurrenz in einem staatlich gesetzten Datenrahmen. Sie räumte allerdings ein, daß die Weiterbildung in Teilbereichen den Charakter einer öffentlichen Daseinsvorsorge habe. Dies gelte für die berufliche Weiterbildung und Umschulung, aber auch für die gesundheitliche Vorsorge und die politische Bildung.

Nach Auffassung von Frau Wilms stellt die Weiterbildung auch für die Hochschulen eine wichtige Aufgabe dar. Vor allem müßten weiterbildende Studiengänge verstärkt entwickelt werden, die auch qualifizierten Berufstätigen ohne Abitur offenstehen sollten. Dabei müßten sich die Universitäten dem Wettbewerb mit anderen Trägern der Weiterbildung stellen.

Hochschulbau: Erhaltung der Infrastruktur

Köln. Für den 15. Rahmenplan für den Hochschulbau, der von 1986 bis 1989 läuft, hat der Wissenschaftsrat Investitionen in Höhe von rund 8,6 Milliarden DM empfohlen. Davon entfallen rund 2,1 Milliarden DM auf Vorhaben, die neu zur Aufnahme in den Rahmenplan empfohlen worden

sind. Der jährlich aktualisierte Rahmenplan ist die Grundlage der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Finanzierung der Bauten und wissenschaftlichen Großgeräte.

Schwerpunkte der künftigen Hochschulinvestitionen sind Erneuerungs- und Erweiterungsbauten für experimentell arbeitende Natur- und Ingenieurwissenschaften, Ersatzinvestitionen für veraltete Kliniken und wissenschaftliche Großgeräte. Daneben werden mehrere Ersatz- und Erweiterungsbauten für Fachhochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen empfohlen. Bei den künftigen Hochschulinvestitionen geht es nicht mehr wie in den 70er Jahren um zusätzliche Studienplätze, sondern um den Erhalt der Infrastruktur für die Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung. Die Hochschulforschung erhält ein wachsendes Gewicht als Zweck der Investition.

Beispiele für neu in den Rahmenplan empfohlene Investitionen:

- Großgeräte für Forschung und Lehre als Ersatz für veraltete Geräte. - Jährlich wurden hierfür rund 200 Millionen DM empfohlen.
- Mikrocomputer für Lehre und Forschung im Rahmen des Computer-Investitions-Programms (CIP). - Als erste Phase für 1985/86 sind rund 90 Millionen DM empfohlen worden.
- Erneuerung veralteter Instituts- und Laborgebäude der Natur- und Ingenieurwissenschaften und ihrer Betriebstechnik, so an der Technischen Hochschule Aachen (Institut für Kraftfahrzeugwesen), FU Berlin (Angewandte Genetik), Hannover (Chemie) und Mainz (Biologie und Chemie).
- Neubau für das Bayerische

Geoinstitut (Geowissenschaften) an der Universität Bayreuth für 36 Millionen DM.

- Neu- und Erweiterungsbauten für die Informatik und Wirtschaftsinformatik an den Universitäten Berlin (FU), Erlangen-Nürnberg, Kaiserslautern, München (TU), Paderborn und Saarbrücken und an den Fachhochschulen Flensburg und Wiesbaden.
- Neubauten für die Universitätsbibliotheken in Göttingen und Ulm.

Interesse am Studium gesunken

Wiesbaden (dpa). Das Interesse an einem Studium hat bei den deutschen Schülern erneut nachgelassen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 13. Mai als Ergebnis einer Umfrage unter Schülern mitteilte, wollen von den 270 000 Schülern, die 1985 die Hochschul- oder Fachhochschulreife erlangen, 158 700 oder 58,6 Prozent studieren, 1984 hatten dies noch 59,2 Prozent der Schüler beabsichtigt.

Seit 1972 - damals wollten 89,7 Prozent der Schüler nach dem Erreichen der Hochschul- oder Fachhochschulreife auch studieren - sei der Anteil der Studienwilligen beinahe ständig gesunken. Außerdem hat sich laut Statistik im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der zur Reifeprüfung anstehenden Schüler um 3,6 Prozent vermindert.

Für die Schüler war wie in den Vorjahren ein Studium attraktiver als für Schülerinnen: Bei den Schülern habe der Anteil der Studienwilligen mit 66,7 Prozent (1984: 67,2 Prozent) wieder

deutlich höher gelegen als bei den Schülerinnen mit 49,1 Prozent (1984: 49,6 Prozent), berichteten die Statistiker.

Der Anteil jener, die nicht studieren wollen, ist - so das Statistische Bundesamt - 1985 gegenüber 1984 von 15,9 auf 17,2 Prozent gestiegen. Während jede vierte Schülerin (25,3 Prozent) keine Studienabsichten äußerte, wollte von den männlichen Befragten nur jeder zehnte (10,3 Prozent) kein Studium aufnehmen. Relativ groß sei der Anteil der Unentschlossenen mit 24,2 Prozent (1984: 24,8 Prozent).

Ein Studium im Bereich der Ingenieurwissenschaften stehe mit 25,0 Prozent in der Gunst der Studienwilligen am höchsten, gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (20,4 Prozent) sowie der Mathematik und den Naturwissenschaften (14,4 Prozent). Dagegen habe das Lehramtsstudium an Anziehungskraft verloren: Von den Studienwilligen, die die Hochschulreife anstreben, möchten nur noch 4,6 Prozent (insgesamt 5 900) Lehrer werden (1984: 5,5 Prozent).

Wilms für Praxis - Semester

Luxemburg (dpa). - In der Europäischen Gemeinschaft ist eine Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Industrie dringend notwendig, wenn Europa mit dem technologischen Wandel Schritt halten will. Dieser Überzeugung waren am 3. Juni in Luxemburg die für Bildungsfragen zuständigen Minister der EG-Staaten auf ihrer Ratstagung. Die Mehr-

heit der Minister bemängelte, daß zwischen der Theorie an den Universitäten und der Praxis in den Unternehmen eine tiefe Lücke klafft.

Die deutsche Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) schlug zur Beseitigung dieser Mängel vor, daß ein Praxis-Semester während des Studiums eingeführt werden sollte. Sie kritisierte, daß nur 12 Prozent der Hochschullehrer praktische Erfahrungen in ihrem Unterrichtsfach hätten.

Als vorrangig wird vor allem eine größere Transparenz der praxisbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Betriebe angesehen. In vielen Großunternehmen sei es bereits üblich, Hochschüler während ihres Studiums mit der praktischen Arbeit vertraut zu machen.

Die Luxemburger Konferenz galt zunächst einem Meinungsaustausch, wo Mängel zwischen praktischen und theoretischen Kenntnissen bestehen und wie sie beseitigt werden können. Diese Frage ist nach Ansicht von Beobachtern vor allem deshalb akut, weil der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften bei der Entwicklung der Spitzentechnologie ständig steigt.

Der Erfahrungsaustausch in Luxemburg zielt darauf ab, ein Programm für engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Unternehmen auf EG-Ebene auszuarbeiten. Dieses wird nach Ansicht von Experten letztlich Europa auch in seinem industriellen Konkurrenzkampf mit den Amerikanern und Japanern zugute kommen.

Nachrichten aus der Hochschule

Die **Ergänzungsstudiengänge** Elektrotechnik und Maschinenbau sind genehmigt worden. Sie sollen den qualifizierten Fachhochschulabsolventen eine verstärkte wissenschaftstheoretische Zusatzausbildung anbieten. Vorgesehen ist, die mit der Diplomprüfung abschließenden Ergänzungsstudiengänge auf fünf Semester anzulegen. Nach erfolgreichem Abschluß besteht die Möglichkeit, sich zu promovieren. Wann die FH-(Studiengangs-)Absolventen ihr Studium aufnehmen können, hängt nun davon ab, wie schnell Prüfungs- und Studienordnung verabschiedet werden.

*

Die **8 : 5 -Regelung** in den integrierten Studiengängen besteht auch weiterhin. Sie besagt, daß zur Verbindung von theoretischen und praktischen Ausbildungsinhalten in diesen Studiengängen der Personaleinsatz im Verhältnis von acht a-Professoren und fünf b-Professoren stehen muß. Dieses Integrationsgebot ist bislang in den Fachbereichen Physik und Mathematik - Informatik verwirklicht worden. Das Rektorat hat auf dem consilium decanale hervorgehoben, daß das Integrationsangebot auch bezogen auf die einzelnen Studienrichtungen zu beobachten sei. In Ausnahmefällen könne auch dann die Wiederbesetzung einer b-Pro-

fessur in Frage kommen, wenn die 8 : 5 -Regelung noch nicht erreicht sei.

*

Uni-Kanzler Ulrich Hintze hat an die Fachbereiche den dringenden Appell gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die **Sachmittel** kontinuierlich abfließen. Wegen der finanziellen Engpässe der Hochschule sei es nicht hinnehmbar, Haushaltsmittel verfallen zu lassen.

*

Das **Audiovisuelle Medienzentrum (AVMZ)**, bislang eine Zentrale Einrichtung an der Uni-GH, wird nach dem Beschluß des Senats auf seiner 20. Sitzung als zentrale Betriebseinheit neu organisiert werden. Der Senat folgt damit einer Empfehlung der Kommission für Planung und Finanzen (KPF), die sich ihrerseits, mit der Zustimmung des AVMZ-Beitrats, dafür ausgesprochen hatte, das Medienzentrum auf den Status eines reinen Dienstleistungsbetriebes zurückzuführen. Begründung u.a.: Unbehagen über das Volumen der vom AVMZ gebundenen personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen, so KPF-Vorsitzender Prof. Dr. Georg Hartmann.

Die vom Senat bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme verabschiedete neue AVMZ-Satzung läßt u.a. die Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern des AVMZ mit mediendidaktischen Fragestellungen zu. Umsetzungen des wissenschaftlichen Personals sind jedoch unausweichlich. An die Auflösung von Arbeitsverhältnissen sei nicht gedacht, betonte das Rektorat auf der Senatssitzung.